



15. Dezember 2023

AUSGABE 7/2023

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

Durchbruch bei den Haushaltsverhandlungen der Ampel für das Jahr 2024! Das ist eine Meldung, die uns kaum jemand zugetraut hätte. Denn die Ausgangslage war schwierig. Unser Koalitionspartner FDP und auch die CDU wollen die Schuldenbremse in 2024 nicht noch einmal aussetzen. Gleichzeitig schließen sie Steuererhöhungen aus. Allen ist aber auch klar, dass wir investieren müssen, um mit anderen Staaten mithalten und unseren Wohlstand zu sichern. Olaf Scholz hat aus dieser Situation das Beste rausgeholt. Worum es sich handelt, lest ihr im Weiteren.

Einigung bei Haushaltsberatungen

Eigentlich war der Haushalt 2024 so weit abgestimmt, doch dann kam das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, weshalb erneut gerechnet und geprüft werden musste. Was ist passiert?

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden 2021 Kredite aufgenommen und ein Sondervermögen eingerichtet. Die gesamte Summe wurde allerdings nicht benötigt, weswegen 60 Milliarden in den Klima- und Transformationsfonds übertragen wurden, um Zukunftsaufgaben wie die Energiewende und den Schienenausbau zu bewältigen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts besagt nun, dass die Gelder nicht für mehrere Jahre verwendet werden dürfen, sondern jedes Jahr neu zu beschließen sind. Um dies für den Haushalt 2023 zu heilen, haben wir in dieser Woche einen Nachtragshaushalt verabschiedet und die Schuldenbremse erneut ausgesetzt – wie es das Grundgesetz für den Fall einer außergewöhnlichen Notsituation ermöglicht. So sichern wir Hilfen wie die Energiepreisbremse, aber auch Hilfen für die Flutgebiete im Ahrtal für dieses Jahr ab.

Im nächsten Schritt musste der Haushalt für das kommende Jahr überarbeitet werden, weil auch hier Gelder aus dem Corona-Sondervermögen verplant waren. Hier gab es nun eine Einigung! Damit halten wir an drei zentralen Zielen fest: 1. Wir treiben den klimaneutralen Umbau unseres Landes voran. 2. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt – es wird keinen Abbau beim Sozialstaat geben! 3. Wir stehen weiter eng an der Seite der Ukraine. Aufgrund von zu beachtenden Fristen wird der Bundestag den Haushalt 2024 aber erst im neuen Jahr final beraten und beschließen.

Koordinierte Wärmeplanung

Bis 2045 wollen wir klimaneutral leben. Deshalb müssen auch unsere Heizungen in den nächsten zwanzig Jahren umgestellt werden. Ein erster wichtiger Schritt dahin war das Heizungsgesetz.

Nun folgte der Beschluss der kommunalen Wärmeplanung. Sie wird aufzeigen, welche klimafreundlichen Heizungslösungen in eurer Straße künftig überhaupt möglich sind. Auf dieser Basis kann man dann entscheiden, welche Option am besten passt – zum Beispiel eine Wärmepumpe oder Fernwärme. Dortmund muss bis spätestens 2026 die Planung abgeschlossen haben. Erst wenn diese fertig ist, müssen Eigentümer:innen bei neu eingebauten Heizungen klimafreundliche Lösungen wählen. Bestehende Heizungen können bleiben. Damit die Kommunen schnell starten, fördert der Bund die Erstellung von Wärmeplänen mit einer halben Milliarde Euro.

Rückführungen beschleunigen

Viele Menschen kommen nach Deutschland, um hier Asyl zu beantragen. Das führt zu einer Überlastung der Kommunen, z. B. bei der Unterbringung oder bei der zur Verfügungstellung von Integrationskursen. Anspruch auf Asyl haben nur die Personen, die aus unterschiedlichen Gründen in ihrem eigenen Land verfolgt werden und z. B. dort Folter oder Tod befürchten müssen. Um diesen Menschen weiterhin Schutz zu gewähren, sollen zukünftig diejenigen schneller in ihre Heimat zurückkehren, die keinen Anspruch auf Asyl oder die diesen verwirkt haben aufgrund von Straftaten.

Mit einem umfassenden Paket sollen Rückführungen nun vereinfacht und beschleunigt werden. Trotzdem wird natürlich ein ordentliches Verfahren gewährleistet. Ausweisungen von Schleusern, Straftätern und Gefährdern stehen im Fokus. Wir führen weitreichende Maßnahmen zu diesem Zweck ein und geben den Ausländerbehörden mehr Zeit, damit sie die Rückführungen vorbereiten können. Gleichzeitig entlasten wir die Behörden, indem wir Bürokratie abbauen.

Elektronische Patientenakte und E-Rezept kommen

Die Digitalisierung schreitet voran: Ab 2025 wird allen gesetzlich Versicherten eine elektronische Patientenakte zur Verfügung gestellt. Darauf werden bspw. Arztbriefe, Befunde und Röntgenbilder digital gespeichert. Auch Angaben zu Vorerkrankungen oder Allergien sowie eine aktuelle Übersicht über einzunehmende Medikamente sind gesichert. Dadurch können unnötige Mehrfachuntersuchungen sowie Arzneimittelwechselwirkungen vermieden werden. Die Daten sind verschlüsselt und können nur von den Versicherten sowie von ihnen freigeschalteten Ärzt:innen eingesehen werden. Wer mit der Speicherung nicht einverstanden ist, kann sich dagegen aussprechen.

Ab Januar 2024 wird zudem das E-Rezept flächendeckend eingeführt. Rezepte können dann mit der aktuell vorhandenen Gesundheitskarte oder einer App eingelöst werden. Das Papierrezept soll so auf Dauer ersetzt werden.

Geschlechtliche Selbstbestimmung vereinfachen

Mit dem Selbstbestimmungsgesetz lösen wir das teilweise verfassungswidrige Transsexuellengesetz ab und erleichtern gesellschaftliche Teilhabe für Menschen, die sich einem anderen oder keinem Geschlecht zugehörig fühlen. In einem einfachen Verfahren soll nun der amtliche Geschlechtseintrag und der Name geändert werden können. Lange Verfahren und demütigende Gutachten gehören damit der Vergangenheit an. Nach der Änderung gilt eine Sperrfrist von einem Jahr, in der der Eintrag nicht erneut geändert werden kann.

Leider gibt es in dieser Debatte viele Vorurteile. So wird die Angst geschürt, dass dieses Gesetz von heterosexuellen Männern missbraucht werden könnte, die ihren Geschlechtseintrag nur ändern lassen, um Frauen zu schaden. In Ländern, die schon länger ein Selbstbestimmungsgesetz haben, ist jedoch kein derartiger Missbrauch zu verzeichnen. Auch werden immer wieder Frauenhäuser angeführt, die nun in Gefahr seien, weil „verkleidete“ Männer dort leichter eindringen könnten. Die Frauenhäuser sehen diese Gefahr jedoch nicht und unterstützen das aktuelle Gesetz.

Missbrauch gilt es grundsätzlich zu verhindern, so z. B. auch hinsichtlich begangener Straftaten. Soweit möglich wird das im Gesetz geregelt. Sollten weitere Schritte nötig sein, behalten wir das selbstverständlich im Blick.

Schnellere Einbürgerung und verschiedene Pässe

Gibt es mehrere Heimaten? Für einige schon. Es besteht daher der Wunsch, mehrere Ausweisdokumente zu besitzen, um so vollwertige Bürger:innen der jeweiligen Heimatländer zu sein. Mit einem reformierten Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir grundsätzlich Mehrstaatlichkeit ermöglichen. Zudem könnten sich Mitbürger:innen mit ausländischem Pass bereits nach fünf statt acht Jahren einbürgern lassen. Dadurch erkennen wir die Arbeit u. a. der Gastarbeitergeneration an. Voraussetzung ist allerdings, dass sich die Betroffenen gut integriert haben und für sich selbst sorgen können.

Ziel ist, dass Menschen, die hier leben und arbeiten wollen, komplett ankommen können. Mit allen Rechten und Pflichten. Denn bisher können bspw. Menschen, die sich in Deutschland zuhause fühlen, nicht an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und für öffentliche Ämter kandidieren.

Diese Änderung ist auch wichtig vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, denn es ist ein weiterer Schritt hin zu einem modernen Einwanderungsland, das für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver wird. In vielen anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Italien, Portugal, Griechenland, Dänemark ist das übrigens schon längst Realität.

Einladung zu Poschmann, Pils & Politik

Am 24. Januar 2024 heißt es wieder „Poschmann, Pils & Politik“. Dieses Mal lade ich zum Thema „Wohlig warm, effizient und bezahlbar! Wie gelingt die Wärmewende?“ ein. Mit dabei ist mein Fraktionskollege Matthias Miersch – stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und zuständig für die Bereiche Energie und Klima. Er wird darüber informieren, was das Heizungsgesetz konkret bedeutet, wie es mit der kommunalen Wärmeplanung weitergeht und wie die Wärmewende sozial gerecht gelingen kann. Im Anschluss ist Zeit für Fragen, Meinungen und Anregungen. Ich lade herzlich ein, dabei zu sein und mitzudiskutieren!

Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr und findet im BierCafé West, Lange Str. 42, 44137 Dortmund statt. Interessierte melden sich bitte bis zum 12.01.2024 an – per E-Mail an sabine.poschmann.ma04@bundestag.de oder telefonisch unter 0231 28 67 86 18.

So, mit dieser Sitzungswoche geht ein weiteres Berliner Jahr zu Ende. War es anstrengend? Ja klar, aber dafür sind wir da! Es galt in schwierigen Zeiten gute Lösungen zu finden, aber natürlich auch Kompromisse zu schließen. Davon lebt die Demokratie!

Die Weihnachtszeit ist jetzt private Zeit, für meine Familie und Freunde. Ich versuche nicht an Politik zu denken, mal sehen, ob das gelingt 😊 Ein großer Dank geht an mein Team in Dortmund und Berlin, aber auch an jede:n Einzelne:n von euch! Ihr gebt mir Kraft auch in schwierigen Zeiten!

Eure

Sabine

*Mein Team und ich wünschen schöne Weihnachten und einen
gesunden Start ins neue Jahr!*

